

Anlage 2

Unbesetzte Stellen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) zum Stichtag 31.08.2018

Zum Stichtag 31.08.2018 waren im Gemeindehaushalt 3.332,2 Stellen unbesetzt (Vorjahr: 2.920,1). Bei einer internen Fluktuation von rund 7% liegen diese Vakanzen unter Berücksichtigung der Vielzahl neuer Stellen im normalen Rahmen.

Die unbesetzten Stellen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Referate:

Referat	Unbesetzte Stellen zum Stichtag 31.08.2018	
	Anzahl (VZÄ)	davon länger als 12 Monate unbesetzt ²
Direktorium ¹ (Dir)	42,9	5.5
Revisionsamt (RevA)	14.9	6.0
Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik	20,3	4.5
Baureferat (BauR)	246,5	36.4
Referat für Gesundheit u. Umwelt (RGU)	127.8	36.3
Kommunalreferat ¹ (KommR)	133.8	63.0
Kreisverwaltungsreferat (KVR)	464.5	90.1
Kulturreferat (KultR)	52.6	16.7
Personal- und Organisationsreferat (POR)	89.0	12.0
Zentrale Personalbetreuung (ZP - POR)	38.5	24.0
Referat für Stadtplanung und Bauordnung (PlanR)	89.3	17,3
Referat für Bildung u. Sport (RBS)	1,282.1	302.5
Sozialreferat ¹ (SozR)	538.7	124,8
Sozialreferat - Jobcenter (Jobc.)	92.8	43.4
Stadtkämmerei (Kämm.)	82.0	26,0
Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW)	16.5	0.0
Summe	3.332,2	808.5

¹inkl. rechtlich unselbständiger Stiftungen

² Besetzungsverfahren sind im Gange bzw. konkrete Planungen der Referate zur Verwendung liegen vor

75,7 Prozent (2.523,8 Stellen) dieser insgesamt 3.332,2 Stellen waren weniger als 12 Monate vakant und können daher zu einem großen Teil den im Jahr 2017 beschlossenen neuen Stellen sowie der üblichen Fluktuation zugeordnet werden.

Neben dem Verwaltungsdienst (873,3 VZÄ) stellen der Erziehungsdienst mit rund 488 unbesetzten Stellen und der Lehrdienst mit etwa 358 unbesetzten Stellen dar.

Diese Stellen gehören zur stellenplanmäßigen Ausstattung der Bereiche, im Erziehungsdienst dienen sie auch zur Sicherung des Anstellungsschlüssels. Die Besetzung ist sukzessive durch Neueinstellungen und Umsetzungen geplant, die allerdings im Erziehungsdienst durch den erheblichen Mangel an ausgebildeten Bewerberinnen und Bewerbern erschwert ist.